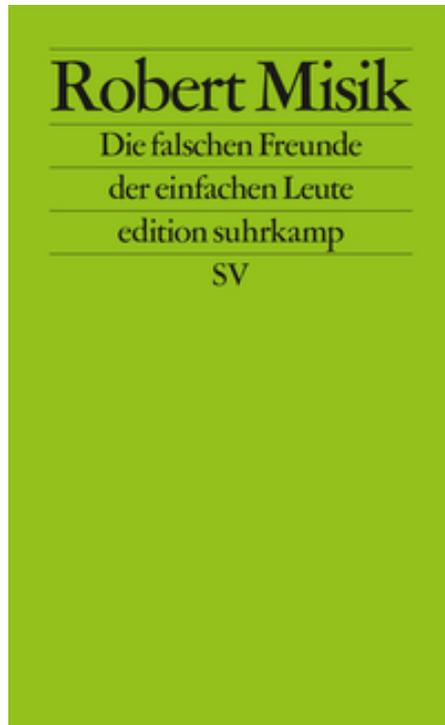


Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Misik, Robert
Die falschen Freunde der einfachen Leute

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 2741
978-3-518-12741-4

edition suhrkamp 2741

Die arbeitenden Klassen sind ökonomischer Konkurrenz ausgesetzt, machen Abstiegs Erfahrungen, erleben sich als austauschbar und sehen ihre Lebensweisen kulturell abgewertet. Es gibt eine Wut der »einfachen Leute«, die mit den Werten und Normen zusammenhängt, die sich in den vergangenen 200 Jahren in den populären Klassen entwickelt haben. Mit dem Ethos der harten Arbeit. Dem Bewusstsein, dass man nichts geschenkt bekommt, dass einem aber Respekt für die eigenen Leistungen gebührt. Zu diesen Werten gehört auch ein egalitärer Geist: dass jeder gleich viel wert ist; ein Stolz darauf, »normal« zu sein; ein Gemeinschaftsinn mit Lokalpatriotismus und einer rebellischen, aber zugleich traditionellen Kultur.

Robert Misik beschreibt plastisch, mit Empirie und Empathie, wie sich die Werte der arbeitenden Klassen entwickelt haben – und wie sie von den falschen Freunden der »einfachen Leute« jetzt ausgenutzt werden. Man kann den Aufschwung des Populismus nicht erklären, so Misik, wenn man die verborgenen Verwundungen in einer Klassengesellschaft nicht versteht.

Robert Misik, geboren 1966 in Wien, ist Journalist und politischer Schriftsteller. 2019 erhielt er den Preis der Keynes-Gesellschaft für Wirtschaftspublizistik. 2018 erschien *Liebe in Zeiten des Kapitalismus*.

Robert Misik

**Die falschen Freunde
der einfachen Leute**

Suhrkamp

edition suhrkamp 2741
Originalausgabe
© Suhrkamp Verlag Berlin 2019
Alle Rechte vorbehalten,
insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.
Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH; Waldbüttelbrunn
Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim
Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt
Printed in Germany
ISBN 978-3-518-12741-4

Inhalt

Einleitung: Kleiner Mann, was nun?	7
1. »Eine Revolte gegen die Globalisierung«	17
2. Die arbeitenden Klassen – gibt's die noch?	35
3. »Eine rebellische traditionelle Kultur«	49
4. Wie die Arbeiterklasse von den Armen zum Volk wurde	57
5. Das Gefühl, jederzeit ersetzbar zu sein	77
6. Ist die Arbeiterklasse rassistisch?	85
7. Eine Rhetorik, die spaltet. Ambivalenzen der Identitätspolitik	101
Schluss: »Man muss die Leute gernhaben«	121
Anmerkungen	133

Einleitung: Kleiner Mann, was nun?

Man könnte leicht dem Eindruck erliegen, in der Geschichte wäre den »einfachen Leuten« selten mehr Aufmerksamkeit zuteilgeworden als heute. Sie sind in aller Munde. Jeder sorgt sich um »das Volk«. Die politische Essayistik seziert seine Probleme und staunt über sein Tun. Die Wissenschaft befasst sich mit seinen Verwundungen. Die Sozialpsychologie denkt sich in ihn ein – in den viel zitierten »kleinen Mann«. Die einführende Soziologie schwärmt aus und hört ihm zu, sammelt und systematisiert seine Erzählungen, die Beschwerden seines Lebens und seine Wünsche.

Ressentimentgetriebene Populisten und Rechtsextremisten wiederum schwingen sich zu den Fürsprechern der »einfachen Leute« auf, für die sich, so wird durchaus begründet behauptet, die »Eliten« nicht mehr interessieren. Demokratische Linksparteien wiederum versuchen verzweifelt zu ergründen, warum die kommunikativen Fäden zu den »normalen Leuten« abgerissen sind. Sehr oft ist dieses Nachdenken überaus voraussetzungsreich: Mal wird unterstellt, das »einfache Volk« sei gewissermaßen dumm und deshalb leicht manipulier- und verhetzbar; dann wiederum, es sei im Innersten gut, trage das Herz am rechten Fleck. In ihm schlummere gewissermaßen das »Echte«, das »Wahre« und vor allem ein egalitärer Geist, der von rechtsextremen Protestpolitikern lediglich fehlgeleitet werde. Beliebt ist auch die Deutung, die demokratischen Linksparteien seien zwar gleichsam die natürliche Vertretung dieser kleinen Leute, hätten vor dieser historischen Aufgabe aber versagt, indem sie sich an den

Neoliberalismus anpassen. Dabei schwingt dann leicht die Diagnose – oder Rezeptur – mit, diese Parteien müssten nur wieder eine Sozial- und Wirtschaftspolitik betreiben, die die »ökonomischen Interessen« der normalen Leute ins Zentrum rücke, und schon würden die Angehörigen der entsprechenden Milieus, verlorenen Schäfchen gleich, zu ihren angestammten Vertretungen zurückkehren. Also: Reichensteuern, bezahlbare Pflege, ordentliche Mindestlöhne, günstige Wohnungen schaffen, einen zweiten Arbeitsmarkt für diejenigen, die am normalen Arbeitsmarkt keine Chancen mehr haben, und hundert weitere Maßnahmen – und schon wäre das Glaubwürdigkeitsproblem aus der Welt. Nicht immer, aber sehr oft geht mit dieser Deutung ein regelrechter Proletkult einher, der alles, was »das Volk« so denkt, fühlt, treibt und liebt, mit einer Romantik des Authentischen verbindet, und dessen Anhänger sich ein Volk imaginieren, das voller Würde, Großzügigkeit, Lebendigkeit ist, getragen von einer Moral, die zweifellos besser sei als die heute hegemonalen Ethiken, die Erfolg vergöttern, eine Winner-Mentalität stärken und einem Kult des Individuellen huldigen.

Zu den stillschweigenden Voraussetzungen zählt natürlich auch, dass dieses »einfache Volk« auf der sozialen Stufenleiter irgendwo im unteren Bereich, jedenfalls keineswegs im oberen Segment zu finden ist. Freilich bleibt die soziale Standortbestimmung meist im Ungefähren. Selten werden die »einfachen Leute« pauschal als die Unterschicht oder als die Armen definiert. Eher ist es ein Puzzle von Milieus und Lebenslagen, zu denen gehören: die Armen und die Unterschichten, die unteren und die mittleren Mittelschichten. Menschen, die am Land oder in kleinen Städten wohnen. Arbeitslose um die fünfzig, der Installateur, der im Sozialbau lebt, aber auch Facharbeiterinnen, Verkäufer und sogar mitt-

lere Angestellte mit Einfamilienhaus und zwei Autos in der Einfahrt. Weiters die Bewohner unterprivilegierter Stadtviertel, der Scherbenviertel, in denen man von Gentrifizierung noch nichts gesehen oder gehört hat und in deren Hauptstraßen die Eckkneipen und Nahversorgungsäden nach und nach zusperrten, wo die Geschäfte leer und zugenagelt sind oder wo höchstens Dönerbuden und Wettbüros aufmachen. Wenn schon nicht der Kontostand, dann, so lautet die – gelegentlich explizite, meist jedoch implizite – Vermutung, verbinde die als »die einfachen Leute« apostrophierten Bevölkerungsgruppen ein gewisses Set an Werten, Haltungen und Überzeugungen. Dass die Rollen von Mann und Frau noch eher klassisch definiert würden, dass man mit zeitgenössischen Gender-Ideen eher wenig am Hut habe, dass man traditionellen Wertvorstellungen anhängen und mit den intellektuellen Spleens »postmoderner urbaner Mittelschichten« nur wenig anfangen könne. Man sei in diesen Milieus zwar keineswegs intolerant, müsse diese Toleranz aber nicht als modische »Diversity-Begeisterung« vor sich her tragen. Ein »Leben und leben lassen«, dass jeder nach seiner eigenen Fassung glücklich werden soll, ein gewisser Grundrespekt gegenüber Kolleginnen und Nachbarn werden durchaus ebenfalls zur Moralgrundausstattung der »kleinen Leute« gerechnet. Man konsumiere lieber Bier als Getränke mit seltsamen Namen und komischen Farben, wobei der Aperol Spritz langsam auch in der Welt der »einfachen Leute« Anerkennung findet.

»Einfache Leute«, das kann eine leicht herablassende Zuschreibung seitens jener sein, die sich nicht als »einfache Leute« fühlen – aber sehr viel häufiger ist es die stolze Selbstbeschreibung derer, die sich diesen Milieus der »Normalen« zurechnen. »Da, wo ich lebe«, formulierte es eine Frau aus Österreich einmal auf Twitter, »bedeutet ›einfacher Mensch«

›anständiger Mensch‹, weil man ein bescheidenes (oder weniger bescheidenes) Auskommen hat, das man mit ehrlicher Arbeit (meistens körperlicher) erschafft.«

Wichtig ist bei dieser Projektion des »kleinen Mannes«, dass man ihn sich in aller Regel als einheimischen, weißen Mann – oder als einheimische, weiße Frau – vorstellt. Zwar können alle ökonomischen und sozialen Charakteristika, die hier schnell und karikaturhaft skizziert wurden, auch auf Migranten und Migrantinnen zutreffen, aber die »einfachen Leute« kommen in diesem halb diskursiv, halb durch das reale Leben erzeugten Bild doch eher selten als Türken, Afghanen oder Pakistaner vor. Serben, Kroaten oder Polen können es, etwa in Deutschland oder Österreich, vielleicht zu einer Art Anwartschaft auf den zweifelhaften Ehrentitel »kleiner Mann« bringen, aber das auch nur, wenn sie vierzig Jahre fleißig geschuftet haben und einigermaßen fehlerfrei die Landessprache beherrschen. Und selbst dann bleibt es eben bei der Anwartschaft, auf die letztlich fast nie die völlige Aufnahme ins diffuse Allgemeine – »das einfache Volk« – folgt.

In jedem Falle gehört das, was von der früheren »Arbeiterklasse« übrig geblieben ist, zum »Volk«, also zur vielgesichtigen Menge der »einfachen Leute«. Zugleich ist das Volk aber auch irgendwie mehr als diese Arbeiterklasse. Dieses Mehr könnte man in soziologischen Begriffen exakt zu beschreiben versuchen, was einem freilich auch nicht wirklich weiterhelfen würde. Denn was die »einfachen Leute« vor allem auszeichnet, ist die Diffusität der Kategorie selbst.

Wir sehen also: Zu den Seltsamkeiten, an denen unsere Zeit ohnehin nicht arm ist, gehört die Tatsache, dass wir nicht recht wissen, wie wir zu den Leuten da draußen vor unserer Türe überhaupt sagen sollen. Klar, wir sind alle Bürger

und Bürgerinnen unseres jeweiligen Gemeinwesens, und zusammen bilden wir die Bevölkerung. Aber gerne wird eben auch vom »Volk« gesprochen, und da beginnen die Probleme schon. Das »Volk« ist schließlich ebenfalls mit Projektionen aufgeladen, der Begriff umkämpft, und es ist unklar, wer dazugehört. Selbst in seiner unschuldigsten Schwundform schwingt im Begriff »Volk« eine Homogenität mit, die »Bevölkerung« gerade nicht hat.

Man redet lieber vom »kleinen Mann«, von den »einfachen Leuten«, dem »normalen Volk« oder wie die Phrasen alle heißen. Vom »regular guy« reden die Amerikaner. Nun kann man natürlich sagen: Es gibt kein Volk, sondern nur eine Bevölkerung. Das ist zwar einerseits richtig, wird aber andererseits nicht alle überzeugen – vor allem die nicht, die sich aus Gründen, die sie oft wahrscheinlich nicht allzu präzise angeben können, als das »normale Volk« betrachten.

Wer heute vom »Volk« spricht, meint also meist nur einen Teil des Volkes, also der Bevölkerung, der sich durch bestimmte Eigenarten auszeichnet. Erstens versteht es sich selbst als das »einfache Volk«, das respektlos behandelt oder ignoriert wird, und zwar von »ihnen«. »Ihnen«, das können sein: die Politik, die Eliten, die Mittelschichten, die auf die Konventionen und kulturellen Identitäten der einfachen Leute herabschauen, die globale Klasse, dieses ganze »Sie«. Dieses »Sie« zeichnet sich dadurch aus, dass es nicht da ist, sondern fern – fern der Viertel, in denen das »einfache Volk« lebt, fern der Kleinstädte, fern der Arbeiterwirthäuser, fern der Biergärten, Würstelbuden, Fußballplätze oder der Rohbauten, an denen man sich die Hände schmutzig machen kann. »Das Volk«, so die Behauptung, ist grundlegend wütend, zornig oder ressentimentbehaftet.

Dieses »einfache Volk«, so wird stillschweigend vorausgesetzt, hat überdies bestimmte Werte und Normen, denen es folgt. Dass man sich nicht hervortun, kein Kollegenschwein sein soll. Dass jeder so viel wert ist wie jeder andere. Wer sich als Teil der »einfachen Leute« sieht, ist einerseits stolz darauf und grenzt sich ab: gegen Großtuer, Leute, die nur reden, aber nicht tun, vielleicht auch gegen Studierende. Sie oder er ist einerseits stolz auf jene Kinder des eigenen Milieus, die es nach oben geschafft haben, aber nichts hasst er oder sie mehr als Leute, die vergessen haben, woher sie kommen. Schon die Redewendung vom »einfachen Volk« kommt ohne ein gewisses Ressentiment nicht aus, ohne Abgrenzung: Das Andere muss gar nicht explizit angesprochen sein, es konstituiert das »einfache Volk«. Ohne »Die da oben« kein »einfaches Volk«.

Gäbe es nicht diese weitverbreiteten (Selbst-)Bilder vom »einfachen Volk«, würde die Rhetorik der Populisten kaum funktionieren. Die schwingen sich bekanntlich zu dessen »eigentlicher« Vertretung auf. Parteien, die bei Wahlen oft nur 12, 18 oder 24 Prozent der Stimmen erhalten, können sich so als »die Stimme des Volkes« bezeichnen, das nicht gehört wird. Obwohl also objektiv allenfalls eine Stimme einer Minderheit, wird diese Minderheit als etwas verstanden, was das Ganze repräsentiert, und umgekehrt kann jemand, der eigentlich die Zustimmung der Mehrheit hinter sich hat, im Extremfall als »Feind des Volkes« hingestellt werden. Das wäre eine völlig irrsinnige rhetorische Operation, gäbe es nicht die unausgesprochene Vorstellung, dass ein bestimmter Teil der Bevölkerung »Volk« ist – und alle anderen eben nicht.

Die These, dass dieses Volk ungehört bleibt, politisch nicht repräsentiert ist, kulturell belächelt und irgendwie an den

Rand gedrängt wird, ist sicherlich nicht ganz falsch. Zugleich ist »das Volk« aber von falschen Freunden umschwirrt.

Da sind zunächst natürlich die extremen Rechten und Populisten, die den stummen Groll im Volk in Wählerstimmen ummünzen wollen, indem sie Wut und Zorn noch anstacheln, sich als die Fürsprecher der einfachen Leute ausgeben und ihnen erfolgreich einreden, es würde ihnen besser gehen, wenn es anderen schlechter ginge. Kaum sind sie in der Regierung und könnten ihren sozialnationalistischen Volksgemeinschaftspopulismus verwirklichen, verkaufen sie die einfachen Leute natürlich sofort. Dann wird, wie in Österreich, das öffentliche Gesundheitssystem an allen Ecken ausgehungert und das ersparte Geld reichen Schönheitschirurgen zugeschant. Der Zwölfstundentag wird ermöglicht, die betriebliche Interessensvertretung geschwächt. Steuererleichterungen für Reiche werden eingeführt oder ein »Kinderbonus« im Steuersystem, der denen, die es am dringendsten bräuchten, gar nichts bringt, den mittleren Einkommen ein paar hundert Euro im Jahr und nur den Spitzenverdienern ein richtig fettes Zubrot. Oder es wird gleich ein »Sklaven-gesetz« verabschiedet wie in Ungarn, das es Managern erlaubt, die Beschäftigten zu 400 Überstunden im Jahr zu vergat-tern – de facto unbezahlt, denn abgegolten werden müssen sie erst innerhalb von drei Jahren. Die verschiedenen Untergruppen der »einfachen Leute« werden gegeneinander aufgehetzt, Inländer gegen Ausländer, Beschäftigte gegen Arbeitslose, angebliche Fleißige gegen Faule, Leute mit ein bisschen Wohlstand gegen die Armen, nur um das in Zwist versetzte Volk besser regieren zu können. Die Liste ließe sich endlos fortsetzen, allein, es weiß ohnehin jeder: Die extremen Rechten setzen sich wortreich für das Volk ein und verkaufen es dann an die wirtschaftlich Mächtigen. Letztlich ist

das auch den Wählern der Radikalen klar. Gewiss, manche erhoffen sich tatsächlich, dass die Rechten »Politik für das Volk« machen. Aber die allermeisten haben eher das Gefühl, dass ohnehin keine politische Partei – weder die radikalen Rechten noch die Konservativen, noch die traditionellen Linken – eine Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben würde, die ihren Interessen folgt. Wenn diese Aspekte aber an Bedeutung für die Wahlentscheidung verlieren, werden Thematiken wie »Migration«, »ethnische Homogenität«, aber auch Wertefragen wie »Familie«, »Tradition«, »Normalität« wichtiger. »Unter diesen Umständen können kulturelle Themen so bedeutend werden, dass Einkommen und Wahlentscheidung überhaupt keine Korrelation mehr haben«, schreibt dazu der amerikanische Politikwissenschaftler Justin Gest.¹

Es gibt allerdings noch andere zweifelhafte Freunde: Da sind Medienleute aller Schattierungen, die ihre Vorstellungen davon haben, wie »das Volk« so tickt. Da sind aber auch Politiker und Aktivisten nichtpopulistischer Parteien, die sich an die »einfachen Leute« anbiedern wollen, weil sie sich als Konkurrenten der Populisten im Kampf um den kleinen Mann sehen. Diese Freunde der einfachen Leute haben oft völlig fantastische Bilder im Kopf, die das Volk mal idealisieren, mal zum Klischeevolk herabwürdigen. Das Falsche an dieser Freundschaft beginnt bereits damit, dass man sich ein »Volk« imaginiert, ohne das wirkliche Volk überhaupt zu fragen, ob es sich so denn richtig beschrieben fühlt – ja nicht selten, ohne diesem »einfachen Volk« je begegnet zu sein. Man hat seine Vorstellungen vom »Volk«, die nicht ganz falsch sein müssen, die aber der realen Buntscheckigkeit dessen, was wir die »popularen Klassen« nennen können, nicht einmal im Entferntesten gerecht wird.

Die »einfachen Leute« haben heute Hochkonjunktur, weil

überall auf der Welt eine scheinbar populäre Revolte politische Haudegen nach oben bringt, von Trump bis Orbán, von Bolsonaro bis Duterte, von Herbert Kickl bis Boris Johnson. Die schnelle Analyse, die nicht ganz falsch, aber auch nicht ganz richtig ist, lautet, dass die sozialmoralischen Großmilieus, die man mit dem Begriff der »einfachen Leute« unscharf zeichnet, die Träger dieser Revolte sind. Das ist, wie gesagt, halb richtig und halb falsch. Einerseits stimmt: Teile dieser Milieus sind für die klassischen demokratischen Parteien nicht mehr erreichbar, sie fühlen sich betrogen und verraten und zählen zum Wählerreservoir eines aggressiven Populismus. Aber: Bei Weitem nicht alle, noch nicht einmal die Mehrheiten dieser Milieus sind für einen ethnonationalistischen Autoritarismus à la Trump oder Björn Höcke.

Ich versuche in der Folge, mit einigen Irrtümern aufzuräumen – und mit »aufräumen« ist dabei gar nicht unbedingt gemeint, sie völlig zu verwerfen, sondern sie zu korrigieren, ein neues Licht auf sie zu werfen. Dort nämlich, wo sie zu oberflächlich sind, zu unterkomplex. Dabei möchte ich mich auf zwei Thesen konzentrieren, die zuletzt sehr populär geworden sind. Erstens: Die weiße Arbeiterklasse habe sich zu einem homogenen Wutmilieu entwickelt, das ein fester Wählerpool für rechtsextreme Parteien geworden sei. Das ist, so versimpelt, nicht nur in dieser Allgemeinheit falsch, die Behauptung lebt meist von den schon kurz skizzierten Fantasien über die »Arbeiterklasse«, die in aller Regel völlig klicheegetrieben sind.

Unterkomplex ist außerdem die Vorstellung, der Aufstieg des rechten Populismus sei nur die Folge von ein oder zwei gesellschaftlichen Tiefendynamiken, also im aktuellen Fall etwa der Entfremdung der einheimischen, weißen Arbeiterklasse von den zeitgenössischen Progressiven. Deren »politi-

sche Korrektheit« bringe die »normalen Leute« auf die Palme, die linke »Identitätspolitik« treibe sie den Rechten förmlich zu. Auch hier gilt: Nicht völlig falsch, aber bei Weitem viel zu einfach gedacht (mehr dazu unten in Kapitel 7).

Für den Aufschwung der radikalen Rechten gibt es nicht nur viele Gründe, es sind auch – zusätzlich zur eben angerissenen – die unterschiedlichsten Diagnosen im Umlauf. Von Jahr zu Jahr werden es mehr, und oft streiten die Analytiker bis aufs Messer, welche Diagnose denn nun die richtige ist. Dabei können natürlich alle Diagnosen gleichzeitig richtig sein – schließlich ist die Wirklichkeit immer eine Kombination von verschiedenen Faktoren, und einzelne Diagnosen, die als *die* Erklärung präsentiert werden, sind letztlich nur einzelne Puzzleteile für das Verständnis einer komplexen Wirklichkeit. Deshalb will ich zunächst einen kurzen Überblick über einige Erklärungsversuche für den Aufstieg rechter Populisten geben, bevor ich mich den eigentlichen Themen dieses Essays zuwende: der zeitgenössischen *Wirklichkeit der popularen, arbeitenden Klassen* und den *Ambivalenzen der »Identitätspolitik«*.

I. »Eine Revolte gegen die Globalisierung«

Beginnen wir mit den Theorien, die für die Diagnose einer allgemeinen Gereiztheit noch keine sozialen Spezialbefunde benötigen, weil sie nicht unbedingt von einer besonderen Anfälligkeit einzelner Milieus ausgehen. Der Klassiker ist hier die These von der »Politikverdrossenheit«.

Das Wort kam in den achtziger Jahren auf, das Phänomen wurde schon vorher erahnt. Bereits 1973 stellte der deutsche Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis fest: »Die Distanz zwischen politischem Personal und ›Volk‹ ist größer geworden, sie ist heute vielleicht größer als in Weimar, ja selbst im Bismarckreich. Der ›Parteienstaat‹, Grundlage der parlamentarischen Demokratie, ist nicht so gesichert, dass er nicht im Namen des ›Volkes‹ erneut in Frage gestellt werden könnte.«¹

Etwas mehr als zehn Jahre später schrieb der französische Soziologe Pierre Bourdieu, wir würden von Politik »überflutet«, vom »unentwegten und wechselseitigen Strom des täglichen Geschwätzes über die vergleichbaren Chancen und Verdienste von austauschbaren Kandidaten«.² Bourdieu skizziert mit dünnen Strichen, wie sich die Politik gewandelt hat. Sie werde nicht mehr von Menschen betrieben, die die Ideale oder auch nur die organisierten kollektiven Interessen ihrer Unterstützer verträten, sondern von Menschen, welche die Politik zu einem normalen Beruf gemacht hätten. Im Gemeinwesen entstünde so ein »Feld der Politik«, auf dem spezialisierte Experten agieren. Entscheidend sei dabei allein die Eindrucks konkurrenz (etwa im Fernsehen), bei der Politiker

versuchen, wählbarer zu wirken als ihre Rivalen. Zwar seien die Politiker, also die Experten dieses Feldes, durchaus weiterhin rückgebunden an die Laien (denn von denen müssen sie regelmäßig gewählt werden), aber das sei im Grunde schon alles, was sie von der Gemeinschaft der Experten auf anderen Feldern – etwa den Kardiologen, Mathematikern oder Tiefbauingenieuren – unterscheide. Weil der Erfolg des Politikers jedoch nicht primär an seiner Kompetenz hänge, sondern an der Fähigkeit, Kompetenz darzustellen, entschieden am Ende nicht die besseren Ideen, sondern das größere Showtalent. Zugleich kapsle sich das Feld der Professionellen immer mehr von der Bevölkerung ab, die zunehmend den Eindruck habe, dass es bei dem politischen Hin-und-Her-Gerede gar nicht um sie geht. In den Augen der Leute entwickelten sich eine Geschwätzigkeitskultur und ein politisches Establishment, das Rivalität zwar inszeniere, in Wirklichkeit aber in Komplizenschaft verbunden sei.

Im Prinzip war da schon alles gesagt, was dann in die gängigen Politikverdrossenheitsdiagnosen Eingang fand. Übrigens: Der Begriff wurde 1992 von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres gekürt, und zwei Jahre später fand er Eingang in den Duden.

Spätere Diagnosen schlugen jedenfalls in eine ähnliche Kerbe, etwa Colin Crouch mit dem von ihm geprägten Schlagwort von der »Postdemokratie«: »Der Begriff bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, daß Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt [...]. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar

apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt.«³

Dieses postdemokratische Arrangement bedrohe die Demokratie: erstens durch innere Auszehrung, durch Passivität und Privatismus. Und zweitens weil, während sich die Bürger nicht mehr für Politik interessieren, die Regierung von interessierten Kräften gekapert werde – von Lobbys, Meinungsforschern, Beratern und anderen Dunkelmännern.

Bis zu einem gewissen Grad ist »Politikverdrossenheit« eine Folge der liberalen Demokratie, noch dazu in zunehmend pluralistischen Gesellschaften, in denen nicht länger starke Klassenbewegungen den Unterbau der Parteienpolitik bilden. Die liberale repräsentative Demokratie beruht auf einer Reihe von Prämissen: Die Bürger wählen Repräsentanten. Der Staat achtet die Rechte und die Privatsphäre der Bürger. Die öffentlichen Dinge werden zwischen den Wahlgängen von Bürokraten und eigens gewählten berufsmäßigen Politikern erledigt. Diese Form der Demokratie zieht apathische Bürger in gewissem Sinne vor, der Privatismus ist kein Fehler, sondern praktisch so vorgesehen. Das liberale Demokratiemodell steht daher, um es mit den Worten des amerikanischen Politikwissenschaftlers Benjamin Barber zu sagen, für eine »magere Demokratie«, nicht für eine »starke«.⁴

Das fällt nur nicht auf, solange Parteien noch politische Lager repräsentieren, deren Lebenswelten sie strukturieren. Denn solche Parteiapparate verstetigten ein Engagement, das über den Wahltag hinausging. Die Gesellschaft war durch dieses tief verwurzelte Parteiwesen politisiert, so dass nicht auffiel, dass der Bürger jenseits von Wahlen nichts zu melden hatte (beziehungsweise: er konnte durchaus mitreden, da er via Parteimitgliedschaft in die Politikentwicklung stärker in-

tegriert war). Aber das liberale Demokratiemodell, das auf der Differenz zwischen professionellen Politikern und privatisierenden Wahlbürgern beruht, zehrt diese Ressourcen aus. Und das hat auch die Parteien verändert. Sie haben es immer weniger mit Anhängern zu tun und immer mehr mit Konsumenten, die am Parteienmarkt auf ähnliche Weise entscheiden wie auf Gütermärkten.

Medien und politische Eliten bilden einen Echoraum, und finanzkräftige Lobbys sowie von ihnen finanzierte Think-tanks verfestigen einen immer engeren politischen Konsens. Wo traditionelle Parteien früher klar konkurrierende Programme vertraten, haben sich die Großparteien einander zunehmend angenähert, so dass nur mehr unterschiedliche Varianten derselben neoliberalen Politik zur Wahl stehen. Das Ergebnis ist das, was die belgische Demokratietheoretikerin Chantal Mouffe seit gut 25 Jahren in stets ähnlich klingenden Büchern »Postpolitik« nennt: eine Konstellation, die geprägt ist von der »Unfähigkeit der traditionellen demokratischen Parteien, noch irgendwelche signifikanten Alternativen zu präsentieren – und damit echte Auswahl für die Wähler«. Ein paar Jahre lang wurde es dabei von manchen Beobachtern durchaus als Fortschritt betrachtet, dass die großen ideologischen Auseinandersetzungen der Vergangenheit angehörten – gemäßigte Parteien drängen sich am »Mittelweg« und propagieren eine konsensorientierte Politik. Für Mouffe ist gerade das das Problem: »Das ist kein Fortschritt. Wenn ich den Menschen die Möglichkeit nehme, zwischen starken Alternativen zu wählen, dann nehme ich ihnen auch die Möglichkeit, sich mit politischen Projekten zu identifizieren, dann öffne ich der allgemeinen Passivität das Tor, aber auch rechten populistischen Bewegungen.«⁵

Der große, früh verstorbene britisch-amerikanische Histo-